

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 18. Mai 2020

Die globale Zukunft demokratischer und sicherer gestalten – 10 liberale Forderungen für eine neue strategische Kooperation mit der Region Asien-Pazifik

Das liberale Leitmotiv für internationale Beziehungen ist Frieden, politische und soziale Stabilität, Wohlstand, nachhaltigen Ressourcenschutz und dem Menschen dienenden technologischen Fortschritt zu fördern und zugleich für die universellen Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten einzutreten. Dass in der global grassierenden Covid-19-Pandemie die Regierungen der meisten Länder dem Schutz menschlichen Lebens erste Priorität geben, unterstreicht die Bedeutung dieses liberalen wertegeleiteten Ansatzes. Das damit verbundene offene und regelbasierte multilaterale Ordnungssystem hat in den vergangenen Jahrzehnten weltweit zu einem nie gekannten hohen Maß an internationaler Arbeitsteilung, an Kooperation und Austausch und damit verbundener Wohlstandsmehrung geführt.

Neben Europa und seinen Wertepartnern hat die Region Asien-Pazifik am meisten von dieser Entwicklung profitiert und eine ungeahnte Dynamik entwickelt. Der asiatische Raum verzeichnet im Vergleich aller Weltregionen ein anhaltend überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und stellt mit 4,3 Mrd. Menschen rund 60 Prozent der Weltbevölkerung. Die Region Asien-Pazifik ist trotz ihrer extremen Unterschiede damit zu einem bestimmenden Faktor in der Weltpolitik und -wirtschaft und zu einem entscheidenden Partner bei der Lösung globaler Herausforderungen geworden.

Eine Pandemie, wie bei der Corona-Krise, erzeugt bei uns Freien Demokraten keine Zweifel an der Globalisierung, sondern sie verdeutlicht, dass wir nur durch multilaterale Zusammenarbeit zu einer friedlichen und im Kampf gegen Epidemien geeinten Welt kommen können. Bisherige nationale Alleingänge und Egoismen sowie Intransparenz, insbesondere in autokratischen Systemen, haben in der aktuellen Covid-19-Krise wieder gezeigt, dass sie kontraproduktiv sind und zusätzliche Menschenleben gefährden und kosten. Aber es zeigt sich auch, dass wirtschaftliche Entwicklung allein nicht ausreicht, um internationale Sicherheit und Frieden zu wahren: Je stärker eine Volkswirtschaft international eingebettet ist, desto größer ist auch die Verantwortung, für die Sicherheit der Gesundheit zu sorgen. In Zeiten immer größer werdender Konnektivität müssen diese Risiken von allen getragen werden. Deshalb brauchen wir eine vertiefte multilaterale, regelbasierte Zusammenarbeit, internationale Verträge und umfassende bilaterale Kooperationen vor allem mit den demokratischen Ländern Asiens.

1. Mit den Ländern Asiens globale Zukunftsaufgaben angehen

Asien ist Heimat neuer Großmächte sowie alter und neuer Mittelmächte, die sich im chinesisch-amerikanischen Systemwettbewerb positionieren, stark wachsende, exportorientierte Volkswirtschaften aufweisen und eigene strategische Ambitionen in der Region und international verfolgen. Die Region Asien-Pazifik prägt durch ihr rasant gewachsenes wirtschaftliches und auch technologisches Gewicht immer mehr die globale Ordnung mit eigenem Gestaltungswillen. Insbesondere die Regierung der VR China verfolgt dabei ein gegenüber dem Westen konträres Wertemodell.

Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft in diesem neuen Systemwettbewerb durch ihren Pluralismus und ihre Kraft zur stetigen Innovation langfristig den Menschen die besseren Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Doch wird die globale Zukunftsgestaltung ohne eine noch engere Zusammenarbeit gerade mit der starken Region Asien-Pazifik nicht möglich sein. Schon durch die immer intensiveren Handels- und Investitionsbeziehungen hat Asien wesentlich zum Wohlstand Deutschlands und der EU beigetragen wie auch umgekehrt. Die Beziehungen zwischen beiden Regionen müssen zur erfolgreichen Bewältigung neuer gemeinsamer Herausforderungen erweitert werden. Das betrifft etwa den Klima- und Artenschutz, die nachhaltige Energiegewinnung und die Sicherung von Ressourcen. Aber auch auf dem Gebiet der Forschung und neuer Technologien, der Gesundheitsvorsorge sowie der Kommunikation und Digitalisierung müssen wir viel enger kooperieren. Schließlich nehmen auch Themen wie Konfliktprävention und -bewältigung in der Sicherheitspolitik ständig an Bedeutung zu.

Daher wollen wir zum einen die Stärken unseres Wirtschafts- und Sozialmodells offensiv nutzen, und zum anderen mit den Ländern Asiens gemeinsam globale Zukunftsaufgaben angehen, die weit über die Wirtschaftsthemen hinausreichen, die traditionell mit diesen Ländern im Vordergrund stehen.

Zu den gemeinsamen globalen Zukunftsaufgaben gehört auch der Umgang mit Pandemien. Pandemien sind weltumspannend und machen nicht vor staatlichen Grenzen halt. Umso schmerzlicher sind angesichts Covid-19 die Handlungsdefizite der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Wir fordern, die Weltgesundheitsorganisation zu stärken und es allen Ländern der Erde zu ermöglichen, in der WHO mitzuarbeiten. Die WHO ist prädestiniert, erfolgreich in die Bekämpfung von Pandemien einzugreifen und weniger entwickelten Staaten auf deren Wunsch wirkungsvolle Hilfe zur Errichtung eines effektiven Gesundheitssystems anzubieten.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, der EU im Falle von Pandemien eine koordinierende Funktion einzuräumen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer beispielsweise bedürfen in der aktuellen Covid-19-Krise besonderer Unterstützung. Die EU sollte daher bei der Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Schwellenländern in der Region einen stärkeren Fokus auf bessere medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung legen, inklusive der Hebung von Hygienestandards und Entwicklung eines wirksamen Seuchenmonitorings. Die Corona-Krise zeigt auch, dass die Versorgung mit wichtigen medizinischen Gütern schnell durch staatliche Eingriffe in internationale Lieferketten gefährdet werden kann. Innerhalb der EU sollte ein Reserve-System organisiert werden, sodass die Verfügbarkeit von essentiellen medizinischen Versorgungsgütern selbst bei stark erhöhter Nachfrage gesichert ist. Neben der Lagerhaltung und der Diversifizierung der Lieferketten ist aber der internationale Freihandel weiterhin die beste Krisenvorsorge. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns für ein neues WTO-Abkommen über den freien und zollfreien Handel von Medizinprodukten ein.

2. Die Europäische Union als Akteur in Asien-Pazifik stärken

Wenn wir gemeinsam gegenüber Asien auftreten und mit einer europäischen Stimme sprechen, erhöhen wir unseren Einfluss in der Region. Die EU hat besondere Stärken und kann dadurch noch wesentlich stärker als bisher als bedeutender Akteur auftreten, wenn wir die zur Verfügung stehenden Instrumente zielgenau nutzen.

Die **Außenwirtschaftspolitik** bleibt eines der wichtigsten Handlungsfelder der EU. Wenn diese ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit erhält und stärkt, insbesondere ihre Wettbewerbspolitik weiterentwickelt und eine digitale Innovationspolitik voranbringt, wird sie auch im asiatischen Raum gehört. Zugleich muss die EU-weit bestehende Ordnung der sozialen Marktwirtschaft nach innen gesichert werden:

Wenn nationale Behörden in der EU prüfen, ob die Investition eines Auslandsinvestors ein Unternehmen in einem strategischen Sektor im Inland betrifft, ist die Europäische Kommission einzubinden, soweit eine Investition grenzüberschreitende Bedeutung entfaltet und damit europäische Interessen betrifft. Außerdem gilt es, durch höhere Qualitätsanforderungen bei öffentlichen Aufträgen in der EU das industrielle und innovative Potential unserer Unternehmen besser zu nutzen. Die Kommission soll die neuen europäischen Regeln über Dumping und den Wettbewerb verzerrende Subventionen durch ausländische Regierungen strikt umsetzen. Es geht darum, im globalen Interesse faire Wettbewerbsbedingungen für unsere marktwirtschaftlich orientierten Unternehmen herzustellen, die sich im eigenen Binnenmarkt zunehmend einer massiven Konkurrenz durch Staatsunternehmen aus Drittländern ausgesetzt sehen, die massiv Subventionen und Staatskredite erhalten. Solange kein weltweit funktionierendes CO₂-Zertifikatesystem existiert, sollte die EU nichtdiskriminierende und verhältnismäßige Maßnahmen ergreifen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Umweltdumping einzudämmen. Außerdem müssen wir gemeinsame Anstrengungen gegenüber vermehrter Cyberkriminalität ergreifen.

EU-Freihandels- und Investitionsschutzabkommen sind ein immer wichtigeres Merkmal für europäische Präsenz in der Region. Neben den bilateralen Abkommen mit Südkorea, Singapur, Japan und Vietnam sollte die EU auch regional vorangehen. Wir begrüßen die Freihandelsverhandlungen mit Indonesien, Australien und Neuseeland, die zügig zum Abschluss kommen müssen. Wir fordern langfristig ein EU-Abkommen mit ASEAN und nach Möglichkeit auch mit dem transpazifischen Wirtschaftsraum. Die neue Generation der EU-Freihandelsabkommen legt auch einen starken Fokus auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards und Nachhaltigkeit. Regelbasierter Freihandel ist zudem der beste Friedensgarant.

In der Region gibt es aber weiterhin vielerorts Defizite bei der Achtung der Menschenrechte sowie demokratischer, arbeits- und sozialrechtlicher Standards und einen Mangel an nachhaltigen Wachstumsstrategien. Deshalb sollten Deutschland und die EU zusätzliche **ganzheitliche Initiativen** ergreifen, um mit Partnerländern in Asien-Pazifik über soziale Themen (Arbeitnehmer- und Frauenrechte), Klima- und Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge, Lieferketten Fachkräftemigration und Wissensaustausch einen intensiveren Austausch zu führen. Dabei können Länder in der Region von europäischer Expertise und Förderangeboten stark profitieren. Dazu zählen auch die Beratung von Unternehmen bei Auslandsinvestitionen, die schnelle Vergabe von Fachkräfte-Visa durch Auslandsvertretungen und die Förderung der Zusammenarbeit von Universitäten. Beim Klimaschutz sollten

deutsche und europäische Technologien weltweit systematisch als Exportangebot eingesetzt werden und ärmste Länder mit dem Grünen Klimafonds unterstützt werden.

Wir wollen die EU-China-Beziehungen auf der Grundlage des geltenden internationalen Rechts und insbesondere der Regeln von UN und WTO gezielt weiterentwickeln. Gegenseitiger Marktzugang (Reziprozität) und die universelle Geltung der Menschenrechte sind untrennbarer Teil dieses multilateralen Werte- und Regelsystems. Der von uns angestrebte intensivere wirtschaftliche und zivile Austausch mit China darf jedoch nicht mit dem Verschweigen rechtsstaatlicher Defizite erkaufte werden. Die beispiellose technische Überwachung der Bevölkerung durch den chinesischen Staat und die Diskriminierung zahlreicher ethnischer und religiöser Minderheiten in China muss im Rahmen des EU-China-Dialogs aktiv thematisiert werden. Das erwarten auch und gerade Chinas Nachbarn von uns, die oftmals einer Politik aktiver chinesischer Einschüchterung unterliegen.

Schließlich geht es darum, den politischen Dialog zwischen der EU und den Ländern Asiens zu stärken. Das alle zwei Jahre stattfindende Asia-Europe Treffen (ASEM) sollte dadurch aufgewertet werden, dass der zivilgesellschaftliche Dialog durch neue Initiativen neben der bestehenden, aber zwischenstaatlich geprägten Asia-Europe Foundation (ASEF) ausgebaut wird. Dagegen sind anderen Formate, wie dem chinesischen 17+1 Format als Spaltungsversuche entgegenzutreten. Wir wollen außerdem die Abstimmung mit gleichgesinnten Partnern suchen, damit gemeinsame Positionen innerhalb der G7, G20 und der WTO zur Stärkung der multilateralen Ordnung führen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die aktuellen Erfolge der EU, mit verschiedenen Partnern bereits einen neuen Streitlichtungsmechanismus im Rahmen der WTO als Übergangslösung vereinbart zu haben, bis die volle Funktionsfähigkeit der WTO-Streitbeilegung wiederhergestellt werden kann.

3. Asien und Europa stärker verbinden

Die neue EU-Asien-Konnektivität-Strategie bietet eine Alternative zur chinesischen „One Belt, One Road“ Initiative, im Rahmen derer chinesische Investoren inzwischen vermehrt Infrastrukturprojekte auch auf dem westlichen Balkan übernommen haben und die wegen der staatlichen Lenkung und Subventionierung zunehmend wettbewerbsverzerrend wirkt und viele Länder in erhebliche finanzielle Abhängigkeiten führt. Dies gilt auch für die neuen großen regionalen Hafenprojekte der chinesischen Initiative einer „Maritimen Seidenstraße“, die über den Aspekt der Handelswege hinaus hohe militärstrategische Relevanz für Chinas Hegemonialpolitik haben.

Die EU setzt auf einen eigenen Ansatz für den transparenten, nachhaltigen und regelbasierten Ausbau von Konnektivität, auf Multilateralismus, die Stärkung von regionalen Partnerschaften in Asien und die Diversifizierung von Handels- und Investitionsbeziehungen in der Region. Damit wird auch EU-Kohärenz gestärkt. Das fördert zugleich die Entstehung einer europäisch koordinierten Energie-, Digitalisierungs- und Netzpolitik. Die Strategie muss zügig operationalisiert werden und benötigt einen „politischen Kopf“. Wir fordern die EU-Kommissionspräsidentin auf, für diese herausgehobene Rolle eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten der Kommission zusätzlich zu beauftragen beziehungsweise eine prominente Politikerin oder einen prominenten Politiker aus den Mitgliedstaaten als Sonderkoordinator/in zu ernennen, ähnlich wie bei den Brexit-Verhandlungen.

Entscheidend ist auch die Mobilisierung ausreichender Finanzmittel unter Einbeziehung der Europäischen Investitionsbank sowie die Einbindung der EU-Privatwirtschaft und die Verzahnung mit gleich gelagerten Initiativen der EU-Wertepartner in der Region. Es ermutigt, dass Japan sich bereits dazu

bekannt hat, mit der EU zusammen an einer nachhaltigen, regelbasierten und umweltfreundlichen Verbesserung der Infrastruktur zu arbeiten. Weitere Länder, wie z. B. Südkorea sind willkommen.

4. China als Partner und Rivale auf Augenhöhe begegnen

Wie im Beschluss des Bundesvorstands vom 24. November 2019 über die Leitlinien der Freien Demokraten für den Umgang mit China näher ausgeführt, hat sich die Volksrepublik China zu einem systemischen Rivalen entwickelt. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt mit etwa 1,4 Mrd. Einwohnern und einer wachsenden Mittelschicht stellt nicht nur einen großen Absatzmarkt dar, sondern versucht gleichzeitig, seine konkurrierenden Normen und Standards in der Region und darüber hinaus zu verbreiten. Chinas Außenhandelspolitik ist von Staatskapitalismus und Protektionismus geprägt, WTO-Prinzipien wie die Reziprozität, die Inländergleichbehandlung und Transparenz werden weiterhin nicht eingehalten. Staatswirtschaftlich induzierte Marktverzerrungen wirken sich auch massiv in der EU und auf Drittmärkten aus.

China ist in seinem Energiehunger abhängig von anderen. Weite Teile des Westens sind ihrerseits beispielsweise mit Importen seltener Metalle und pharmazeutischer Halbprodukte von China abhängig. Diese globalen Verflechtungen werden weiter bestehen und sollten die Grundlage für einen fairen und regelbasierten Umgang aller WTO-Länder untereinander sein. Hierzu gehört, dass sich China besser in das System der WTO integriert und zum Beispiel die Regeln internationaler Ausschreibungen anwendet.

Wir sollten daher parallel zwei zentrale Ziele konsequent verfolgen: Auf der einen Seite gilt es, mittels eines Menschenrechts- und Rechtsstaatsdialogs unsere Werte aktiv zu verteidigen und die Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen in China zu verbessern; auf der anderen Seite bleibt China mit seinem Anteil von 20 Prozent am Welthandel ein unabdingbarer Partner bei der Lösung zentraler internationaler Fragen wie der Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung und der Bekämpfung des Klimawandels. Deutschland und die EU sollten daher einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, und im Rahmen einer konstruktiven Partnerschaft das Gesamtinteresse fallbezogen verfolgen. Dazu zählen der schnelle Abschluss des EU-China Investitionsabkommens, die Entwicklung einer Cyber-Strategie zum Schutz kritischer Infrastruktur sowie die weiteren in Abschnitt 3 erwähnten EU-Instrumente ebenso wie in Wertefragen konsequent das europäische Modell zu vertreten und es in der Region durch entsprechende Angebote als die bessere Alternative zu stärken.

5. Das demokratische Taiwan und Hongkong im Rahmen der Ein-China-Politik unterstützen

In Taiwan (Republik China) herrscht große Einigkeit über die Demokratie als Herrschaftsform. Damit ist die Verfasstheit Taiwans der gelungene demokratische Gegenentwurf zum autoritären Herrschaftssystem in der VR China mit Leitbildfunktion für eine demokratische Transformation in der Region. Gerade weil Peking das unliebsame Gegenmodell auf der Insel unter wirtschaftlichen und politischen Druck setzt, ist es für liberale Demokratien unter Wahrung der „Ein-China-Politik“ geboten, die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in Taiwan zu unterstützen. Dies kann durch eine Unterstützung seiner Bemühungen für den Beitritt zu internationalen Organisationen geschehen: So ist es beispielsweise nicht hinnehmbar, dass China trotz der Pandemie weiterhin die Mitarbeit Taiwans in der WHO blockiert. Zudem können die EU und Deutschland unterhalb der Schwelle der staatlichen Anerkennung zur politischen Stabilisierung Taiwans beitragen, durch einen Ausbau der wirtschaftlichen, sozialen und wissenschaftlichen Beziehungen, inklusive der Konnektivität.

Ähnlich betrachten wir mit Sorge, wie die chinesische Führung auf die demokratischen Proteste in Hongkong mit Repression, Kriminalisierung und Unterdrückung (durch „patriotische Erziehung“) reagiert hat. Zusammen mit der EU und den USA muss Deutschland die Einhaltung der chinesisch-britischen Erklärung von 1984 einfordern, die das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ verankert. Wir unterstützen die verbliebenen Hauptforderungen der Protestbewegung, insbesondere nach einer Amnestie sowie einer Reform des Wahlrechts. Sollten gewaltsame Maßnahmen ergriffen werden, wie 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens, kommen EU-Sanktionen in Betracht.

6. Wertepartnerschaften in Asien-Pazifik stärken

Die Fokussierung auf den riesigen neuen Absatzmarkt China hat bisher nicht zu der erhofften Konvergenz hin zu einer offenen, in das multilaterale Regelwerk voll integrierten liberalen Marktwirtschaft geführt. Die chinesische Führung propagiert ihr eigenes gelenktes Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell, das auch einem globalen Führungsanspruch dient. Mit zunehmender Bedeutung chinesischer Unternehmen, Geschäftsmodelle und Technologien gewinnen aber auch chinesisch geprägte Verfahren und Institutionen für den Austausch mit Partnern an Bedeutung. Zugleich wird ein exzessives soziales Überwachungssystem aufgebaut und der Freiraum für das Individuum sowie für Innovation und Privateigentum weiter beschnitten. Dies wird inzwischen auch von vielen Akteuren in Asien-Pazifik selbst als wachsendes Risiko gesehen. Daher sollten sich die EU und Deutschland ihren demokratischen Partnern Asiens stärker zuwenden, die ebenfalls ein elementares Interesse daran haben, ihre wertegeleiteten Beziehungen zu diversifizieren und stärkere Synergien insbesondere in strategischen Zukunftstechnologien herzustellen. Zu diesen Partnern gehören neben Indien, Japan und Südkorea insbesondere die Demokratien in Südostasien, wie beispielsweise Indonesien sowie Australien und Neuseeland. Deutschland und die EU sollten mit den Ländern in der Region, die unsere Werte teilen, verstärkte Beziehungen eingehen, um multilaterale Allianzen zu bilden, Modernisierungspartnerschaften zu begründen und neue Dialog- und Kooperationsformate zu etablieren.

7. Strategische Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea forcieren

Als pluralistische Demokratien gehören Japan und Südkorea zu den engsten Wertepartnern in der Region, sie sind als exportorientierte Industrieländer Deutschlands zweit- und drittgrößter Handelspartner in Asien-Pazifik. Sie teilen unser starkes Interesse am Fortbestand einer regelbasierten multilateralen Weltordnung. Ihre Gesellschaften stehen vor einer Überalterung und neue Formen der Mobilität und Urbanität werden erprobt. Schließlich zeichnen sich diese Länder durch einen hohen Grad an Digitalisierung und gewaltigen Fortschritten bei dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Robotern aus. Vor diesem Hintergrund muss der Austausch zu diesen Zukunftsthemen durch fachbezogene Regierungskonsultationen und durch Expertengremien intensiviert werden. Im Rahmen neuer EU-Konnektivitätspartnerschaften (siehe Abschnitt 3) soll mit beiden Ländern die Zusammenarbeit bei qualitativer Infrastruktur ausgebaut werden.

Das neue Freihandelsabkommen mit Japan stärkt die wirtschaftliche Zusammenarbeit und sollte von allen Wirtschaftssektoren konsequent genutzt werden, auch durch intensive Beratung unserer Unternehmen. Zudem bietet eine erweiterte Drittmarkt Kooperation noch große Potenziale. Das Freihandelsabkommen mit Südkorea aus dem Jahr 2011 hat bereits eine große Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen erzeugt. Es sollte modernisiert werden, um zusätzliche Potenziale auszuschöpfen.

Nach den guten Erfahrungen mit unseren europäischen Nachbarn Frankreich und Polen wollen wir auch mit ausgesuchten Ländern der Region Asien-Pazifik den Grundstein für eine stärkere politische Zusammenarbeit legen. So wären etwa als erster Schritt ein deutsch-japanischer Freundschaftsvertrag, eine deutsch-japanische Versammlung und ein deutsch-japanisches Jugendwerk denkbar.

8. Indien als strategischen Partner aufwerten

Für uns Freie Demokraten ist es zwingend, die bereits im Mai 2000 vereinbarte „Agenda für die Deutsch-Indische-Partnerschaft“ mit neuem Leben zu erfüllen. Die Zusammenarbeit mit der größten Demokratie Asiens sollte auf die Ebene einer strategischen Partnerschaft, nicht nur bilateral, sondern vor allem auch auf EU-Ebene, gehoben werden. Insofern sollte unter der bevorstehenden deutschen Ratspräsidentschaft die bereits Ende 2018 von der EU-Kommission vorgelegte Indien-Strategie mit hoher Priorität vorangetrieben werden. Dies trifft ebenso auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft der acht SAARC-Staaten zu, einer der wenigen Plattformen regionaler Integration in Südasien. Insbesondere müssen wir nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU die Verhandlungen speziell über ein Freihandelsabkommen mit Indien wiederbeleben. Das dort vorzusehende Kapitel über nachhaltige Entwicklung kann dabei helfen, moderne Umwelttechnologie in Indien anzuwenden und die Zivilgesellschaft zu stärken. Zudem wollen wir die Verhandlungen über den EU-indischen Aktionsplan „Roadmap 2025“ konsequent und ergebnisorientiert führen.

Die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit sollte weiterhin die Armutsbekämpfung in den Vordergrund stellen und auf die Gleichstellung indischer Frauen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit hinarbeiten. Wir fordern außerdem den Ausbau der deutsch-indischen Bildungszusammenarbeit. So können etwa im Rahmen der Initiative „iMove“ junge Menschen nach internationalen Maßstäben ausgebildet werden und die Fachkräftebasis in beiden Ländern stärken. Nur eine friedliche innere Entwicklung und Modernisierung Indiens, die ethnische und religiöse Minderheiten einschließt und nicht diskriminiert, eröffnet gute Wachstums- und Wohlfahrtsperspektiven. Im sicherheitspolitischen Bereich kommt Indien eine zentrale Rolle als einer der drei Atommächte in der Region zu. Wir wollen die deutsch-indischen Regierungskonsultationen dazu nutzen, Indien zu einer konstruktiven Haltung mit seinen Nachbarn, insbesondere mit Pakistan, zu bewegen. Außerdem halten wir es für erwägenswert, der weltgrößten Demokratie Indien die Option einer Mitarbeit in der G-7-Gruppe unter Beachtung der diese tragenden Wertepinzipien anzubieten.

9. Die südostasiatischen Länder stärker in den Blick nehmen

Die südostasiatischen Länder, die sich in der Staatengemeinschaft ASEAN (Association of Southeast Asian Nations oder Verband Südostasiatischer Nationen) zusammengeschlossen haben, sind ein Motor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Region und mit über 640 Millionen Menschen ein riesiger Verbrauchermarkt. Die EU-Beziehungen zu ASEAN sollten zu einer Strategischen Partnerschaft aufgewertet werden. Wir unterstützen die Strategie der EU, mit umfassenden Freihandelsabkommen zu jedem dieser Länder enge Handels- und Investitionsbeziehungen zu knüpfen. Daher begrüßen wir nicht nur den Abschluss der Verträge mit Singapur und Vietnam, sondern fordern auch den zügigen Abschluss von Verhandlungen mit Indonesien. Indonesien, das sich in Zukunft immer mehr zu einem Katalysator in der Rivalität zwischen China und USA entwickeln könnte, sollte unsere besondere wirtschaftliche Unterstützung zur Zusammenarbeit, auch z. B. hinsichtlich der beruflichen Aus- und Weiterbildung erhalten.

Eine entwicklungsorientierte Handelspolitik erfordert auch, die Partnerländer bei der Umsetzung sozialer, ökonomischer und ökologischer Standards zu beraten und zu fördern. Darüber hinaus müssen die Partnerländer in die Lage versetzt werden, die Standards auch einzuhalten, deren Anwendung im Interesse der eigenen Bevölkerung ist. Dadurch entsteht der Qualitätsvorteil europäischer Angebote. Auch wenn ASEAN mittlerweile der viertgrößte Investitionsstandort weltweit und nach China zweitgrößter in Asien ist, könnten die Länder durch verbesserte Rahmenbedingungen noch mehr Investitionen in kapitalintensiveren Branchen gewinnen. Zwar haben die ASEAN Staaten 2012 eine Menschenrechtserklärung verabschiedet und eine zwischenstaatliche Menschenrechtskommission eingesetzt. Diese Instrumente sind jedoch unzulänglich, weswegen darüber hinaus ein starkes regionales Instrument zum Schutz der Menschenrechte mit einklagbaren Rechten, wie bei der Europäischen Menschenrechtskonvention, überfällig ist. Außerdem treten wir, zusätzlich zu Vietnam, für weitere formalisierte Rechtsstaatsdialoge mit einzelnen ASEAN-Ländern ein. Eine Maßnahme für den notwendigen Aufbau verstärkter regionaler Fach- und Sprachkompetenz in Deutschland kann hierbei die Ausweitung von Studienprogrammen des DAAD für Graduierte wie „Sprache & Praxis“ neben Japan und China auf andere Staaten der Region, vor allem Vietnam, Thailand, Malaysia und Indonesien sein.

10. Ein stärkeres europäisches Engagement für mehr Stabilität und Sicherheit in Asien-Pazifik

Ein militärisch immer selbstbewusster auftretendes China könnte nicht nur internationale Handelswege potenziell bedrohen, sondern gefährdet auch die regionale Stabilität. So reklamiert die VR China weiteste Teile und Landformationen des chinesischen Meeres für sich (die chinesischen Territorialansprüche werden als „Nine-Dash-Linie“ bezeichnet) und verstößt damit gegen das internationale Seerecht. Wir betrachten den Konflikt im Südchinesischen Meer und das hegemoniale Ausgreifen in den Indischen Ozean als Gefahren für die Stabilität und den Frieden in der Region sowie als Bedrohung für die Weltwirtschaft.

Eine multilaterale Initiative nach dem Modell des Helsinki-Prozesses könnte hilfreich sein, einen Rahmen für dringliche Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region und die Vereinbarung von Wegen zu einer friedlichen und regelbasierten Verständigung zu bieten.

Die EU muss ein gesteigertes Interesse an der Sicherheit ihrer strategischen Beziehungen zur Region Asien-Pazifik haben und alte und neue Verbindungen schützen. Daher ist es besonders wichtig, im Konflikt im südchinesischen Meer zu vermitteln, um eine Begrenzung der militärischen Machtprojektion Chinas zu erreichen. Darüber hinaus müssen Deutschland, die EU und die NATO-Partner mit den Wertepartnern in der Region, insbesondere den beiden ANZUS-Pakt-Mitgliedern Australien und Neuseeland, eine vertrauensvolle sicherheitspolitische Zusammenarbeit intensivieren, die neue Kooperationen in der Rüstungsindustrie und den Austausch von militärischem Führungspersonal beinhaltet. Dazu kann auch die Absicherung der Kommunikationsinfrastruktur der anliegenden Staaten und deren Härtung gegen Cyberangriffe, sowie die Sicherstellung der Versorgung mit systemkritischen Waren und Rohstoffen in diesen Ländern gehören.